

TAGEBLATT-SERIE:

DIE LUXEMBURGER WIRTSCHAFT IN 20 PUNKTEN (4)



Luxemburg in der Sackgasse

Christian Muller

Die Handelskammer ist eine von mehreren Luxemburger Berufskammern. Ihre Mission ist die Verteidigung der Interessen der gesamten Wirtschaft. Sie hat eine Themenliste mit 20 Punkten erarbeitet, über die das Tageblatt Punkt für Punkt mit Carlo Thelen, Chefvolkswirt der Handelskammer, diskutiert. Heute geht es um den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.

„Die Wirtschaftskrise darf nicht als Vorwand genutzt werden, um die Steuern oder die sozialen Abgaben der Unternehmen zu erhöhen“, warnt Carlo Thelen. „Das würde die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben, die von der Krise schon geschwächt sind, erheblich beeinträchtigen.“ Auch eine Solidaritätssteuer dürfe nicht zu Lasten der Firmen erhöht werden.

In den letzten Jahren ist Luxemburg in einer ganzen Reihe internationaler Wettbewerbs-Indexes nach hinten gerutscht. Mit einem weiteren Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch Steuererhöhungen würde die Wirtschaft noch weniger wachsen und dementsprechend auch weniger Steuern bezahlen. „Das haben wir in der Vergangenheit schon oft beobachtet“, so der Chefvolkswirt. „Oft bringen niedrigere Steuern langfristig mehr.“ Normalerweise habe man das in Luxemburg ja auch verstanden, aber derzeit sei nun mal Krisenzeit.

Die Regierung habe ja bereits versucht, das Volk auf Steuerer-

höhungen einzustimmen, so Thelen.

In einer Prognose, die von internen Experten der Staatsverwaltung erstellt wurde, „wurde errechnet, dass wir bis 2014 in keinem Jahr die Maastricht-Kriterien beim Haushaltsdefizit einhalten werden.“ In den Jahren 2011 und 2012 werde das Haushaltsdefizit sogar bei 5,5 und 4,8 Prozent liegen, so die Prognose. Zudem soll die Staatsverschuldung explodieren: Von acht Prozent des Bruttosozialproduktes letztes Jahr auf fast 40 Prozent in 2014.

Unsere Idee: „Um die Staatsfinanzen wieder in den Griff zu kriegen, muss gespart werden“, so der Vertreter der Handelskam-

mer. „Wir denken dabei nicht an eine Revolution. Es würde reichen, hier und da ein paar Schrauben fester zu ziehen.“ Aber das Kürzen der Anfangsgehälter beim Staat allein reiche nicht. Kurzfristig betrachtet handle es sich um eine relativ kleine Summe.

Einsparpotenzial sieht die Handelskammer vor allem im Sozialbereich. „Wir sind zwar gegen Sozialabbau“, so Thelen. Aber gleichzeitig müsse man sehen, dass dies der Bereich ist, in dem am wenigsten selektiv gear-

beitet werde. Das Gießkannenprinzip müsse abgeschafft werden. Warum solle eigentlich der Beitrag der Reichen in der Krankenkasse nicht steigen, fragt sich Thelen. Daneben erkennt er Sparmöglichkeiten bei der Rentenkasse, im Bautenministerium und im Schulwesen. „Wir haben bekanntlich das teuerste Schulsystem – aber haben wir auch das beste?“ Auch eine Umsetzung der von der Handelskammer ge-

wünschten Verwaltungsvereinfachung würde einen Betrag zur Kostensenkung beitragen, erinnert er.

Neben potenziellen Steuererhöhungen werde das Risiko einer höheren Inflation in Zukunft wieder zu einem größeren Problem für die kleine Lu-

xemburger Wirtschaft. „Weltweit ist immer noch sehr viel Geld im Umlauf, zudem sind die Öl-Kapazitäten immer noch zu niedrig“, so Thelen. „Das werden wir spüren, wenn die Wirtschaft wieder anzieht.“ Vor allem ein Land wie Luxemburg, dessen verarbeitendes Gewerbe von Exporten in die Nachbarländer lebt, dürfe seinen Unternehmen keine zu gewaltigen Kostensteigerungen aufzwingen. Die nächste automatische Gehälteranpassung an die Inflation, die für Mitte 2010 erwartete Index-Tranche, werde

den Unternehmen sehr weh tun, sagt der Volkswirt voraus.

Das Großherzogtum habe bereits den Nachteil, dass seine Versorgungswege nicht gut organisiert seien. „Oft erhalten die hiesigen Geschäfte ihre Produkte von Import-Unternehmen, die Belgien und Luxemburg bedienen“, so der Volkswirt. „Und jeder Zwischenhändler will natürlich eine Gewinnmarge verdienen.“ Dies verteuere natürlich die Waren für die Luxemburger Kunden, aber der Politik seien die Hände gebunden. „Sie kann ausländische Konzerne nicht zwingen, ihre Vertriebsnetze zu verändern.“

Alles in allem sei die Wahrung – oder die Verbesserung – der Wettbewerbsfähigkeit eine Aufgabe der Regierung. Sie müsse sicherstellen, dass die Gehaltskosten nicht schneller steigen als die Produktivität. Und dabei dürfe auch nicht vergessen werden, dass Wettbewerbsfähigkeit nicht nur auf Kosten basiert, so der Volkswirt. „Ausbildung und Infrastrukturen sind ebenfalls wichtig, die dürfen wir nicht vernachlässigen.“ Die von der Regierung angekündigte Verstärkung des „Observatoire de la compétitivité“, das die Entwicklung der Kosten, der Inflation oder der Produktivität beobachtet, wird von der Handelskammer begrüßt. Jedoch müsste das gesamte gesetzliche Umfeld mal unter die Lupe genommen werden.

Mehr dazu morgen.

„Die Regierung hat bereits versucht, das Volk auf Steuererhöhungen einzustimmen

Carlo Thelen